

Niederschrift

| Gremium | Sitzung - VW/018(IV)/07 | | | |
|----------------------|-------------------------|----------------|----------|------|
| | Wochentag, Datum | Ort | Beginn | Ende |
| Verwaltungsausschuss | Freitag, 09.03.2007 | Hasselbachsaal | 15:00Uhr | Uhr |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften des Verwaltungsausschusses vom 19.12.2006 und 12. 01. 2007
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Mobiles BürgerBüro
Vorlage: DS0472/06
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
 - 4.2 Wahl des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0107/07

5 Anträge

5.1 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07

Stadtrat Jens Ansorge - CDU-Fraktion
Stadtrat Martin Danicke - SPD-Fraktion
Stadtrat Dr. Hildebrand - Fraktion Die Linkspartei.PDS

5.2 Demographische Entwicklungsplanung
Vorlage: A0197/06

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

5.3 Demographie-TÜV
Vorlage: A0207/06

CDU-Fraktion

5.4 Demographische Entwicklungsplanung / Demographie-TÜV
Vorlage: S0254/06

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

6 Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, beantragt, den TOP 5.1 – A0035/07 – Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates – heute nicht zu behandeln.

Ergänzend informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper über die schriftliche Mitteilung des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge als Miteinbringer über weiteren Handlungsbedarf zu diesem Antrag im Ausschuss KRB, so dass eine Behandlung des Antrages im Stadtrat frühestens im April oder Mai erfolgen kann.

Der TOP 5.1 – A0035/07 – wird **vertagt**.

Ergänzung der Tagesordnung:

DS0107/07 – Wahl des Beigeordneten für Finanzen ... **als TOP 4.2**

DS0085/07 – Besetzung der Position BL SAB ... **als TOP 7.1.**
(die nachfolgenden TOP verschieben sich entsprechend)

Die so veränderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschriften des Verwaltungsausschusses
vom 19.12.2006 und 12. 01. 2007

Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 19. 12. 2006

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 12. 01. 2007

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf die im nichtöffentlichen Teil unter TOP 9.2 gestellten Anfrage bzgl. einer Einstellung und kritisiert, dass hierzu bisher keine Beantwortung erfolgte.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sagt zu, den Sachstand umgehend prüfen zu lassen und die Anfrage zu beantworten.

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Mobiles BürgerBüro Vorlage: DS0472/06

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Fachdienstleiter Bürgerservice im FB01 Herr Ehlenberger teil.

Einführend informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass es sich bei dieser Maßnahme um ein Pilotprojekt handelt, welches personalkostenneutral geführt wird. Insbesondere verweist er jedoch darauf, dass aus dieser Pilotphase die Schließung eines der derzeit bestehenden Bürgerbüros resultieren könnte.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, hinsichtlich des Maßnahmebeginns informiert Herr Ehlenberger, dass für die Bereiche Beyendorf/Sohlen und Westerhüsen bereits die mobile Technik eingesetzt wird. Die übrigen Standorte wurden noch nicht eröffnet.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, hinterfragt die Möglichkeiten, die Dienstleistungen des Mobilien Bürgerbüros auch für stadtrandnah gelegene Umlandgemeinden anzubieten.

Hierzu führt Herr Ehlenberger aus, dass dies technisch grundsätzlich möglich sei, dabei jedoch die Frage zu klären wäre, wie die Stadt Magdeburg in diesen Bereichen tätig werden kann. Er verweist hierbei auf ein entsprechendes Forschungsprojekt zur Ermittlung von Leistungen, die stadtübergreifend angeboten werden können.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt zu bedenken, dass bei einem stadtübergreifendem Dienstleistungsangebot der Eindruck entstehen kann, dass in der Stadt Magdeburg hierfür erforderliches Potenzial noch vorhanden ist. Wichtigstes Kriterium ist klarzustellen, dass das Projekt kostendeckend und ohne zusätzliches Personal geführt wird.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, hinterfragt, ob die Einbringung eines Antrages, den Vorschlag zum stadtübergreifenden Dienstleistungsangebot in der Regionalkonferenz zu unterbreiten, sinnvoll sei.

Hierzu führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass dies nur im Einvernehmen mit den Umlandgemeinden machbar sei. Er signalisiert seine Bereitschaft einer diesbezüglichen Kontaktaufnahme.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, unterstützt das Anliegen der vorliegenden Drucksache. Bezug nehmend auf eine geplante Pressekonferenz der in seinem Wahlbereich zuständigen GWA Farmersleben zu dieser Thematik kritisiert er den eingetretenen Zeitverzug zur Umsetzung des Projektes und verweist auf den hiermit entstandenen negativen Eindruck in der Öffentlichkeit.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, hinterfragt eine mögliche Schließung des Bürgerbürostandortes Beyendorf/Sohlen in der Folge dieses Projektes und in diesem Zusammenhang einen möglicherweise geplanten Verkauf des hierfür genutzten Verwaltungsgebäudes seitens der Stadt Magdeburg.

Herr Ehlenberger legt hierzu dar, dass der Standort in Beyendorf/Sohlen erhalten bleibt und das Verwaltungsgebäude auch weiterhin genutzt wird. Ein Verkauf des Gebäudes ist nicht bekannt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bestätigt ebenfalls, dass ihm über einen geplanten Verkauf des Gebäudes nichts bekannt sei. Er sagt zu, diese Angelegenheit prüfen zu lassen.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, informiert über Anfragen der GWA Sudenburg und der IG der Händler in diesem Bereich hinsichtlich eines Wechsels des Standortes Sudenburg nach Ottersleben im Jahr 2008.

Hierzu wird von Herrn Ehlenberger darauf verwiesen, dass die vorliegende Drucksache so gestaltet wurde, dass noch diesbezügliche Veränderungen vorgenommen werden können. Zum Standortwechsel führt er aus, dass vorgesehen ist, in einem 14tägigen Rhythmus die Dienstleistungen des Mobilen Bürgerbüros sowohl in Sudenburg als auch in Ottersleben anzubieten.

Zur Nachfrage von Stadtrat Löhr hinsichtlich eines möglichen Wegfalls des Standortes Sudenburg im Jahr 2008 informiert Herr Ehlenberger, dass im Ergebnis des Pilotprojektes der tatsächliche Bedarf ermittelt wird. Erst nach Vorliegen dieser Ergebnisse wird eine Entscheidung der Standortfrage zu treffen sein.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, bezeichnet die Fortführung des Pilotprojektes als gut und spricht sich für eine intensive Werbung für das Projekt aus.

In Beantwortung seiner Nachfragen bzgl. der Aussagen hinsichtlich der Attraktivitätssteigerung der Standorte für das Mobile Bürgerbüro sowie der erforderlichen Betriebskosten informiert Herr Ehlenberger, dass die mobilen Standorte einen ständigen Zulauf verzeichnen können und bestätigt, dass die Betriebskosten nicht durch die Stadt getragen werden.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist darauf, dass über diese Thematik bereits seit 5 Jahren diskutiert wird. Für ihn stellt sich die Frage der Kosten. Er legt seine Auffassung dar, dass zur Erreichung von Kosteneinsparungen Verwaltungsabläufe verändert werden müssen.

Der Verwaltungsausschuss **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. VW 38-18(IV)07

1. Das Mobile BürgerBüro wird ab 01. März 2007 im Rahmen eines erweiterten **Pilotprojektes** zur Standortauswahl bis einschließlich 31.12.2008 getestet. Eine Evaluierung erfolgt im I. Quartal 2008.

2. Eine endgültige Entscheidung zur Integration des Mobilen BürgerBüros in den Bürgerservice ist im Zusammenhang mit dem Abschluss der Pilotphase zu treffen.
3. Der Einsatz des Mobilen BürgerBüros richtet sich nach den in dieser Drucksache näher beschriebenen Kriterien.
Für die bedarfsgerechte Auswahl der Standorte, die Öffnungszeiten und das Leistungsangebot zeichnet der Fachdienst 32.4 – Bürgerservice - verantwortlich. Die Zusage für einen Standort wird maximal für ein Jahr gegeben. Eine Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr ist möglich.
Sonderregelungen auf Grund von vertraglichen Vereinbarungen (bspw. im Zuge von Eingemeindungen) bleiben hiervon unberührt.
4. Der Betrieb des Mobilen BürgerBüros erfolgt personalkostenneutral.
Die zu erwartenden Kosten für den Betrieb des Mobilen BürgerBüros in Höhe von ca. 14.000 Euro sind im Haushaltsplan 2007 des Fachdienstes 32.4 (Bürgerservice) eingestellt.

- 4.2. Wahl des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0107/07
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Fachdienstleiter Personalbetreuung im FB01 Herr Andratschke teil.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, die DS0107/07 in seiner Sitzung am 12. 04. 2007 zu beschließen.

Hinweis: Die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses wird in „Beratung“ geändert.

5. Anträge

- 5.1. Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07
-

Der TOP 5.1 wurde von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen.

5.2. Demographische Entwicklungsplanung Vorlage: A0197/06

Die TOP 5.2 - A0197/06 - und 5.3 - A0207/06 - werden im Zusammenhang behandelt, da sich die vorliegende Stellungnahme S0254/06 der Verwaltung auf das Anliegen beider Anträge bezieht.

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Amtes 12 Herr Ley teil.

Herr Ley informiert, dass seitens des Ausschusses KRB Änderungsanträge sowohl zum A0197/06 als auch zum A0207/06 formuliert wurden.

Hinsichtlich der vorliegenden Anträge sowie zur Stellungnahme der Verwaltung besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, die Anträge A0197/06 sowie A0207/06 einschließlich der vorliegenden Änderungsanträge A0197/06/1 und A0207/06/1 des Ausschusses KRB in seiner Sitzung am 12. 04. 2007 zu beschließen.

6. Verschiedenes

6.1. Weihnachtsmarktgesellschaft

Zur Nachfrage des Stadtrates Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bzgl. des Sachstandes im Zusammenhang mit dem Interfraktionellen Antrag A0004/07 zur Veräußerung von Anteilen der Weihnachtsmarktgesellschaft informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass die erforderliche Stellungnahme der Verwaltung am 06. 03. 2007 durch ihn genehmigt wurde. Nach erfolgter Beratung der Thematik in den zuständigen Fachausschüssen ist die Behandlung des Antrages für die Sitzung des Stadtrates am 10. Mai avisiert.

6.2. Stellenplan

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, informiert im Ergebnis der Befassung seiner Fraktion mit dem Stellenplan der Stadt Magdeburg über die Auffassung, dass hier eine zusätzliche Beigeordnetenstelle im Bereich Finanzen aufgeführt wurde.

Eingehend auf die Ausführungen des Stadtrates Brüning erläutert der Oberbürgermeister die Hintergründe und legt dar, dass diese Personalstelle als s.g. „Leerstelle“ zu betrachten ist und mit der Neubesetzung der Position des Beigeordneten für Finanzen diese Stelle wegfallen wird.

6.3. Stadtrat 15. 03. 2007 – Aktuelle Debatte zur Thematik Rechtsextremismus

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, nimmt Bezug auf eine E-Mail der SPD-Fraktion vom 02. 02. 2007 bzgl. einer Terminabstimmung für eine Vorbesprechung zwischen den Fraktionen und dem Oberbürgermeister in Vorbereitung der Aktuellen Debatte und hinterfragt die weitere Vorgehensweise. Er legt seine Auffassung dar, dass diese Debatte ein einhelliges Bekenntnis des Stadtrates in der Öffentlichkeit zu dieser Thematik darstellen muss und bittet darum, dass in den Fraktionen hierzu eine Verständigung herbeigeführt wird.

Dazu stellt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klar, dass diese Thematik in der Gesprächsrunde OB/Fraktionsvorsitzende in der vergangenen Woche keine Rolle gespielt hat.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, führt aus, in der Debatte deutlich hervorzuheben, dass Stadtrat und Stadtverwaltung gegen Rechtsextremismus sind und diesen nicht tolerieren werden. Es muss aber auch deutlich werden, dass Magdeburg keine „rechte“ Stadt ist.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, geht erläuternd auf die Hintergründe für den Antrag auf Durchführung der Aktuellen Debatte vor dem Hintergrund bisheriger Ereignisse und den daraus resultierenden Schlussfolgerungen ein. Es sollen Ideen zusammengetragen und ausgetauscht werden, was gegen rechtsradikale Strömungen unternommen werden kann. Ein Mittel hierbei wäre die verstärkte Präsenz auch von Stadtrat und Verwaltung bei Gegenveranstaltungen.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, hält es für äußerst wichtig, dass alle Fraktionen die gleiche Zielrichtung verfolgen und dies in der Diskussion zum Ausdruck bringen.

6.4. Gestaltung Universitätsplatz

Zur Nachfrage von Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, hinsichtlich des Sachstandes zum Antrag A0053/06 – Entwicklung des Universitätsplatzes – führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dies prüfen zu lassen und über das Ergebnis umgehend zu informieren.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzende/r

Andrea Behne
Schriftführer/in

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Amtsleiter Alfred Wagner